

DER PARITÄTISCHE HESSEN
Landesgeschäftsstelle | Auf der Körnerwiese 5 | 60322 Frankfurt

Herrn
Josef Kraus
Präsident des Deutschen Lehrerverbands
Fürstenstr. 59
84030 Ergolding bei Landshut

 069 | 955 262-65
 069 | 55 12 92
 katja.lueke@paritaet-hessen.org

Frankfurt, den 28.Mai 2014

Ihre Aussage zu Inklusion und Kindesmissbrauch in der FAS

Sehr geehrter Herr Kraus,

wir sind erschüttert über Ihre Aussagen, die in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) vom 25. Mai 2014 in den Artikeln „Schadet Inklusion?“ und „Die Illusion mit der Inklusion“ zitiert werden. Dort nennen Sie Inklusion und Kindesmissbrauch in einem Atemzug. Dies stellt eine unerträgliche Polemisierung der Debatte über den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung dar, die wir nicht unkommentiert stehen lassen möchten.

Inklusion ist als Folge der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ein verbrieftes Menschenrecht. Unter Kindesmissbrauch wird gemeinhin die (sexualisierte) Ausbeutung von Minderjährigen verstanden, also ein schwerer Straftatbestand. Indem Sie Inklusion in die Nähe von Kindesmissbrauch rücken, diffamieren Sie einerseits Eltern, die sich für eine gleichberechtigte Teilhabe ihrer Kinder einsetzen. Andererseits ist Ihre Wortwahl beleidigend für Menschen, die Opfer von Kindesmissbrauch wurden, da Sie solche Taten bagatellisieren.

Den Verfechtern von Inklusion unterstellen Sie, es gehe Ihnen um Gleichmacherei. Doch Inklusion zielt nicht auf Gleichmacherei ab, sondern auf die Anerkennung von Vielfalt. Bezogen auf den Kontext Schule würden davon also nicht nur Störer profitieren (wie der im FAS-Artikel beschriebene Yasar) sondern beispielsweise auch hochbegabte, gehörlose oder „brave“ Schülerinnen und Schüler.

An ihren Äußerungen in der FAS lässt sich ablesen, dass Sie mit Blick auf die Inklusion noch immer nach dem Warum und dem Ob fragen. Diese Sichtweise ist jedoch überholt, seit Deutschland 2009 der UN-Behindertenrechtskonvention beigetreten ist. Grundrechte sind nicht verhandelbar, diskutiert werden kann und sollte dagegen über das Wie ihrer Umsetzung.

Der Deutsche Lehrerverband kann sich nicht der Inklusion versperren, ebenso wenig wie das deutsche Bildungssystem. Der gemeinsame Unterricht ist als Modell für die Zukunft durch die UN-Behindertenkonvention gesetzt. Ziel des Lehrerverbands sollte daher sein, dieses Zukunftsmodell aktiv zu gestalten - gemeinsam mit engagierten Eltern und nicht gegen sie. Als Vertreter Ihres Berufsstandes sollten Sie sich dafür einsetzen, dass Rahmenbedingungen und Ressourcen für eine gelungene Inklusion stimmen und nicht rückwärtsgewandt gegen die Teilhabe aller Kinder ankämpfen.

Das deutsche Schulsystem wird sich zweifelsohne verändern müssen, um den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht zu werden, denn noch ist es separierend und exkludierend. Schule ist allzu häufig an den Defiziten der Kinder und Jugendlichen orientiert und nicht an ihren Stärken – den frustrierenden Erfahrungen, die laut dem FAS-Artikel Kindern mit Behinderungen an Regelschulen drohen, sind dort potenziell alle Kinder ausgesetzt. Das differenzierende, dreigliedrige Schulsystem abzuschaffen, ist jedoch keine unabdingbare Voraussetzung für Inklusion. Sie kann auch an Gymnasien gelingen, wie zum Beispiel das Kurt-Schwitters-Gymnasium in Hannover bereits beweist. Dort ist die leistungsstärkste Klasse die, in der auch geistig behinderte Kinder zur Gemeinschaft gehören.

Der PARITÄTISCHE Hessen hat sich Inklusion vor zwei Jahren als Schwerpunktthema gesetzt und möchte in diesem Rahmen zur Bewusstseinsbildung und zur Barrierefreiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen beitragen. Wir möchten Sie daher herzlich einladen, mit uns in Dialog zu treten und würden uns über ein persönliches Gespräch sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen



Katja Lüke, Projekt Inklusion